

Parlamentarisches.

Protestkundgebungen der deutschen Parteien gegen die Tschechen und Südslawen.

Die „Korr. Austria“ meldet: In einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler richtete gestern eine slowakische Abordnung gegen die deutschbürgerlichen Parteien die Denunziation, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Throne und dem Staate die Treue kündigen.

In einer für heute 10 Uhr vormittags einzuberufenden Sitzung der in Wien anwesenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung, die unter dem Vorsitz des Obmannes Bundeshauptmann Hausler stattfand, wurde dieser Vorwurf mit schärfster Entrüstung zurückgewiesen und einmütig festgestellt, daß die Christlichsoziale Partei nach wie vor auf dem Standpunkt unentwegter und unkündbarer Treue zu Kaiser und Reich steht.

Der Verband der deutschnationalen Parteien hat heute folgenden Beschluß gefaßt:

In den Tagesblättern wird berichtet, daß eine Anzahl von Abgeordneten des Tschechischen und Südslawischen Verbandes beim Ministerpräsidenten gegen die Forderungen der deutschbürgerlichen Parteien Einspruch erhoben und dabei die Aeußerung getan hätte, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur die deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch die Herrenhausparteien dem Throne und dem Staate die Treue kündigten. Der Vorstand des Verbandes der deutschnationalen Parteien weist diesen frechen Vernachlässigungsversuch mit der gebührenden Verachtung zurück, zumal da er von Parteien ausgeht, die in Reden und Beschlüssen unablässig offen Hochverrat betreiben und predigen.“

Der südslawische Parteizwist.

Aus Triest wird berichtet: In der Ballversammlung des politischen Vereines „Edinost“ wurde auf Antrag des Abg. Dr. Rybar nach einer scharfen Beurteilung des letzten Vorgehens des Abg. Dr. Susteric eine Resolution angenommen, die die Versuche aufs entschiedenste verdammt, in die Reihen der Südslawen Zwietracht hineinzutragen und sie hiedurch in ihrem Kampfe um Selbstbestimmung zu schwächen. Mit besonderer Erbitterung wird gegen die erbärmlichen Denunziationen von Seiten dieser Politiker protestiert, deren Zweck lediglich darin besteht, das Volk und dessen Führung zu disziplinieren.